



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober 2013

von

GR Nibaldo Vargas

Betrifft: Geplante Einsparungen im Bereich der Behindertenhilfe – Petition an den Landesgesetzgeber

Im Oktober 2012 kündigte Soziallandesrat Schrittwieser bei der Präsentation des Doppelbudgets 2013/2014 Kürzungen des Landes im Bereich der Behindertenhilfe von 12 Mio. € an, wobei 8 Mio. € bei den Mitteln für berufliche Integration und 4 Mio. bei anderen Angeboten, wie beispielsweise der sozialpsychiatrischen Betreuung, eingespart werden sollen. Die Novelle des Behindertengesetzes sei, so Schrittwieser im Landtag, praktisch fertiggestellt. (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/3139520/endlich-gibt-fakten.story>)

LR Schrittwieser kündigte zwar Verhandlungen mit dem Bund bezüglich einer Übernahme der vom Land zur Einsparung vorgesehenen Mittel an, dass diese erfolgreich sein werden, ist jedoch nicht zu erwarten. Das Land ist nämlich per Gesetz für Menschen mit Behinderung zuständig, die nicht oder noch nicht arbeitsfähig sind.

Wurde bislang von Seiten des Landes seit der Budgetpräsentation keine weiteren konkreten Schritte gesetzt - schließlich standen ja die Nationalratswahlen an und da sind solche Kürzungspläne nicht gerade populär – so weisen auslaufende Verträge mit Trägern der Behindertenhilfe, die nicht mehr verlängert wurden, nun auf die beginnende konkrete Umsetzung der Einsparungsvorhaben hin.

Die Folgen dieser drohenden Kürzungen sind beträchtlich. Sollte der Einschnitt bei der beruflichen Integration tatsächlich im geplanten Ausmaß erfolgen, so bedeutet dies praktisch das Aus für diese wichtige Eingliederungshilfe für



Menschen mit Behinderung. Gerade in der Steiermark schafften bisher mehr behinderte Menschen als in anderen Bundesländern den Einstieg in das Berufsleben, gerade auf Grund der Eingliederungshilfe und einer guten Kooperation mit AMS und Bundessozialamt. Sollte die Eingliederungshilfe abgeschafft werden, wird Menschen mit Behinderung der Weg in den Arbeitsmarkt beträchtlich erschwert und ihnen damit die Möglichkeit auf ein eigenes Einkommen und auf Selbstbestimmung genommen.

Einschnitte im Behindertenbereich haben aber auch ganz eklatante Auswirkungen auf die Armutssituation, sind doch behinderte Menschen doppelt so häufig armutsgefährdet (20%) bzw. akut arm (13%) als nicht-behinderte Menschen. Nicht zuletzt stehen die geplanten Kürzungen in der Behindertenhilfe auch klar im Widerspruch zur UN-Behindertenkonvention.

Einsparungen und Kürzungen auf Landesebene treffen natürlich immer auch Graz und seine BürgerInnen sowie ihre Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe. Vom aktuellen Fall der Nichtverlängerung eines Vertrages mit einem Träger der Behindertenhilfe durch das Land Steiermark sind beispielsweise 46 behinderte Menschen und 17 MitarbeiterInnen unmittelbar betroffen.

Wir Grüne sehen es als dringend und notwendig an, dass sich die Stadt Graz zum einen deutlich gegen weitere Kürzungen im Behindertenbereich - Einschnitte gab es ja schon zuvor in anderen Bereichen, wie z.B. bei Wohnassistenz, Freizeitassistenz und Familienentlastungsdienst - ausspricht. Die Stadt Graz sollte aber auch dem Land Steiermark verdeutlichen, welche Konsequenzen die geplanten Kürzungen haben werden und fundiert Daten dazu erarbeiten und präsentieren.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag am Petitionsweg, die angekündigten Einsparungen im Bereich der beruflichen Integration für behinderte Menschen in der Höhe von 8 Mio. € nicht umzusetzen.

Zur Untermauerung dieser Petition wird Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck um die Erstellung eines Berichtes ersucht, der die Auswirkungen einer möglichen Kürzung im Bereich der beruflichen Integration für behinderte Menschen auf die Beschäftigungssituation der Betroffenen, auf die Kostenentwicklung in anderen Bereichen (z.B. Mindestsicherung) und auf die Beschäftigungssituation bei Einrichtungen der Behindertenhilfe in Graz darlegt. Dieser Bericht soll in der Gemeinderatssitzung im Dezember 2013 im zuständigen Ausschuss präsentiert werden.